



Für einen revolutionären Anti-Faschismus

Die Regierung gibt sich zwar den Anschein, verstärkt gegen die Faschisten vorzugehen, die Realität sieht aber anders aus: Parteien-Verbote werden z.B. Wochen vorher angekündigt; die faschistischen Mörder erfahren die volle Milde der bürgerlichen Justiz. Und wenn Nazi-Aufmärsche nicht unter Verweis auf "die Gefahr von Gegendemonstrationen" verboten werden, so werden die Nazi-Mobilisierungen von der Polizei gegen diese "Gefahr" massiv geschützt. Nach Rostock, Mölln und Solingen gehören die faschistischen Banden zunehmend zum BRD-Alltag.

Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands gab es über 75 Morde mit rassistisch-faschistischem Hintergrund. Selbst das BKA muß einen rapiden Anstieg "fremden-/ausländerfeindlich motivierter Straftaten" zugeben; in einigen Provinzstädten wie z.B. in Schwedt bestimmen die Nazis bereits das

Geschehen. Zwar ist es noch nicht so weit gekommen, daß das deutsche Kapital auf die "IV. Reich-Lösung" setzt. Doch es ist offensichtlich, daß die bürgerlichen Kräfte den erwarteten "sozialen Unruhen" nicht unvorbereitet gegenüberstehen wollen. Insofern hat die bürgerliche Demokratie ein Interesse an einer Koordination und Zusammenarbeit mit den Faschisten, wobei die Regierung darauf achtet, daß letztere nicht allzusehr über die Stränge schlagen.

Einen Schub erhielt der braune Terror durch die Beseitigung des Asylrechts, wodurch der Staatsrassismus auf eine neue Ebene gehoben wurde. So rühmte sich NRW-Innenminister Schnoor (SPD), in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 7.500 Flüchtlinge abgeschoben zu haben, unter ihnen viele Roma und Sinti, die aus "sicheren Dritt-Staaten" vor Pogromen und staatlicher Hetze geflohen waren. Auf der Grund-

lage der Verfassung dieser Republik kann sich der rechte Rand formieren. Schönhubers Republikaner und Freys DVU, die ihre Veranstaltungen von Skinheads schützen lassen, diskutieren die Vereinigung. Die "Neue Rechte" stellt mit Vereinen wie dem "Thule-Seminar", "staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V." oder Zeitungen wie "Junge Freiheit", "MUT" oder "Criticon" die Verbindung zwischen den Nationalen Demokraten und den faschistischen Kommandos her. Bis hinein in die SPD organisieren sich die Deutsch-Nationalen. Der "Hofgeismarer Kreis" z.B. beruft sich auf den National-Revolutionär Niekisch, der Hitler in den 30er Jahren als "zu legalistisch" kritisierte - die Seminare dieser Vereinigung werden von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert. Die Politik der Scharping-Führung und die mangelnde Opposition innerhalb der SPD hat diese Partei zu einem Bestandteil des bürgerlich-demokratischen Staatsrassismus gemacht.

Und die Gegenwehr?

Immer offener gehen die Faschisten zu Angriffen auf die Linke über ("Anti-Anti-Fa") und hetzen gegen die Gewerkschaften (z.B.: "... Gewerkschaftsbonzen häufig Arm in Arm mit Chaoten, Autonomen und Resten von DKP und PDS ...", Nationalzeitung, 03.09.93, zit. nach Antifaschistische Nachrichten, 13.09.93). Die Gewerkschaftszentralen schüren z.B. durch das Gerede von der "Gefährdung deutscher Kohle und deutschen Stahls" selbst den Nationalismus in der Arbeiterklasse. Gleichzeitig rasonieren sie schon mal "am Feierabend" über die Rechte der "ausländischen" Mitbürger. Gegenüber den Nazi-Attacken blieben sie bisher

immer passiv. Sie vertrauen auf das Grundgesetz, appellieren z.B. an die "Polizei von Fulda" oder sabotieren offen anti-faschistische Aktionen.

Demobilisierung der DGB-Bürokratie in Rastatt durchkreuzt

Der Rastatter DGB-Kreisvorsitzende Albrecht Künstle ließ es diesbezüglich an Deutlichkeit nicht fehlen. In einem Brief an einen unserer Genossen schrieb er:

"Und nun zu Deinem Begehren, den REP-Parteitag zu verhindern: Davon halten wir ... überhaupt nichts. Zum einen können wir das nicht verhindern, was Richter ermöglicht haben, zum andern wollen wir das nicht, um den REP's nicht zu einer noch größeren Publicity zu verhelfen. Auch wollen wir die Polizei nicht in eine Situation bringen, in der sie ihren Dienstauftrag erfüllen muß, kann und wird. Übrigens: Auch bei der Polizei haben wir 'Genossen'. Was wir beabsichtigen ist, der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß es nicht nur das Rastatt der REP-Parteitage gibt, sondern ein Rastatt und eine Republik der Demokraten und Antifaschisten".

Unsere Unterstützer im süddeutschen Raum, die Genossen von Spartacus Offenburg/Freiburg, kritisierten scharf die Abwiegelpolitik des DGB, der am 31. Oktober zu einer Kundgebung um 11.00 Uhr aufrief. Sie argumentierten, daß sich damit die REP-Parteitagsdelegierten vorher in aller Ruhe versammeln könnten. Nach Diskussionen mit Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) mobilisierten wir gemeinsam für 8.00 Uhr. Daraufhin schlossen sich weitere Anti-Fa-Gruppen dieser Aktion an. (Die SAG-Vertreter in Freiburg versuchten, ihre Option für 11.00 Uhr durchzusetzen, zogen ihre Entscheidung dann aber unter Druck zurück.) Aufgrund der massiven Polizeipräsenz konnte der REP-Parteitag nicht verhindert werden (u.a. war für Verhaftungen eine Turnhalle (!) umfunktioniert worden). Die Polizei ging mit äußerster Brutalität vor und nahm etliche Verhaftungen vor. Dennoch gelang es uns dann später, zusammen mit autonomen Kräften, durch Teilnahme und geschickte Propaganda wesentliche Teile der DGB-Demo erneut gegen den REP-Parteitag zu führen. Mit dieser Aktion machten wir deutlich: Unser Ziel ist die *Verhinderung* der REP-Propaganda. Der legalistische DGB-"Organisationsausschuß" um Künstle stand ziemlich allein.

Inhalt:

Revolutionärer Antifaschismus	S. 1
Leserbrief an VORAN	S. 4
Etappensieg: Bundeswehr in Somalia.....	S. 5
Kartenhaus Maastricht	S. 9
Nieder mit Jelzin	S.14
Weg mit dem PKK-Verbot.....	S.15
Scharping ganz Kohl.....	S.16

Titelfoto: Demonstration gegen Republikaner-Parteitag in Rastatt (31. 10.93)

BOLSCHEWIK

Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag

V.i.S.d.P.: M. Martin, 10502 Berlin

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

Die Halbheiten der PDS

Die PDS-Mitglieder, die sich auf der lokalen Ebene durchaus an konkreten Gegenwehr-Aktionen beteiligen anstatt nur ihren Protest kundzutun, werden durch die Politik ihrer Parteiführung immer wieder enttäuscht. Unvergessen Christine Ostrowski, die mit der Nationalen Offensive diskutierte, aber von der PDS-Führung - ohne weitere Konsequenzen - nur abgemahnt wurde. Doch Ostrowski ist kein Einzelfall. Der PDS-Landtagsfraktionsvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Scheringer, wurde zwar vom PDS-Bundsvorstand kritisiert, weil er der "Jungen Freiheit", einem Verbindungsorgan von Deutsch-Nationalen und Faschisten, ein Interview gegeben hatte. Doch Gysi selbst ist durchaus prinzipiell bereit, mit solchen Typen wie dem Chefredakteur der "Jungen Freiheit", Stein, zu diskutieren. Nach Protesten (s. u. a. den Offenen Brief an die PDS-Mitgliedschaft; über die Redaktionsadresse zu beziehen), die zu einer Absage



Polizei in Rastatt bei der Durchsetzung des demokratischen Gewaltmonopols - damit Schönhubers Republikaner in Ruhe Rassismus und Völkermord propagieren können.

der Podiumsdiskussion am 10. Oktober in Potsdam führten, ließ Gysi erklären:

"Die Ausladung von Dieter Stein, wenn sie denn erfolgt, wird von mir begrüßt. Ich bin dagegen, solchen Persönlichkeiten noch mehr Öffentlichkeit einzuräumen, als sie ohnehin schon genießen. Allerdings bleibe ich auch bei meinem Standpunkt, daß ihnen, wenn sie zu solchen Veranstaltungen eingeladen werden, deutlich widersprochen werden muß. Darauf basierte meine Zusage" (Erklärung des PDS/LL-Pressbüros am 26.08.93).

So schwankt die PDS hin und her - zwischen der Beteiligung an militanten Anti-Fa-Aktionen und Diskussionen mit Faschisten. Ginge es nach dem Willen der PDS-Führung, so sollte sich der anti-faschistische Kampf im Rahmen der Verfassung abspielen - immer im Windschatten der SPD, ohne konsequente eigenständige Mobilisierung ihrer Massenbasis.

Zur Politik von VORAN

Ein eindeutiges Wachstum anti-faschistischer Kräfte kann JRE verzeichnen. JRE wurde von der Gruppe VORAN initiiert, deren Rolle als Teil der neuen sozialdemokratischen Linken (außerhalb der SPD) wir bereits in BOLSCHEWIK 3 behandelten. Der Opportunismus von VORAN hat bisher verhindert, daß sich JRE zu einer konsequenten, revolutionären Organisation entwickeln konnte. Die kompromißlose revolutionäre Linie gegenüber Faschisten - *keine Rechte für Faschisten, keine Diskussionen mit Faschisten, zerschlagt die faschistischen Organisationen* - wird von VORAN aufgeweicht. Dies geschieht, weil sie jugendliche Nazis nicht als solche behandeln will, sondern in ihnen lediglich "rassistisch vergiftete" Jugendliche sieht, die es mit Argumenten zu überzeugen gilt.

Man muß aber eine scharfe Trennungslinie ziehen zwischen Faschisten, Mitgliedern einer Terrorgruppe und ihren Sympathisanten einerseits und andererseits Jugendlichen, die auf den "normalen" bürgerlich-demokratischen (Staats-) Rassismus, vertreten von CDU bis SPD, hereingefallen sind. Unser Hauptanliegen ist die Zerstörung der faschistischen Organisationen, um die Arbeiterbewegung und unsere demokratischen Rechte für den Kampf gegen das Kapital zu schützen. Durch eine militante, kompromißlose Haltung gegen die organisierten Nazis wird auch ihr Sympathisan-

tenumfeld auseinandergesagt. Eine Vermischung von "rassistisch vergifteten Jugendlichen" mit Nazis lehnen wir dagegen ab. Dabei muß auch klar sein, daß solche Jugendliche heute nicht zu den wichtigsten Zielgruppen revolutionärer Anti-Fa-Arbeit gehören.

Auch in der Frage des Verhältnisses der Anti-Fa-Arbeit zum Staat hat VORAN ein opportunistisches Schwanken gezeigt. Daß der BRD-Staat kein Hilfsmittel im Anti-Fa-Kampf sein kann, vielmehr diesbezügliche Illusionen tödlich sein können, das haben wir im BOLSCHEWIK mehrfach aufgezeigt. Formal scheint VORAN hier mit uns einer Meinung zu sein. In der Praxis wird jedoch ihre schwankende Haltung z.B. gegenüber der Polizei deutlich, wie der Bericht über die Aktion in Copenbrügge zeigt:

"Als JRE abends ankommt, ist die Stimmung schon etwas runter - das ändert sich, als wir mit politischen Reden und Parolen Stimmung machen. Eine Blockade ist zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr sinnvoll, schließlich sollen die Nazis nicht in Copenbrügge überwintern, sondern sich verdrücken. Daher bilden wir vor dem Eingang eine Gasse und fordern die Polizei auf, für den Abgang der Nazis zu sorgen. Die Polizei geht nur zum Schein darauf ein. Um ca. 22 Uhr fordert die Einsatzleitung uns auf, den Platz zu räumen. Wir bleiben stehen, die Polizei geht massiv gegen uns vor. ... Sieben DemonstrantInnen werden verletzt" (VORAN 155).

Jeder Anti-Faschist sollte aber doch wissen, daß eine Aufforderung an die Polizei, gegen die Faschisten vorzugehen, ein Rohrkrepierer ist. Gegen die Linke und Arbeiterbewegung geht die Polizei nämlich nicht nur "zum Schein" vor, es ist eine ihrer zentralen Aufgaben (s. in diesem Zusammenhang auch unseren Leserbrief an VORAN zur Marzahn-Demonstration).

Auch lehnt VORAN zwar die Verbotsforderung von faschistischen Parteien an den bürgerlichen Staat formal ab (s. VORAN 156). Allerdings: An wen richtet sich eigentlich die Forderung "Keine Vermietung von öffentlichen Räumen für Faschisten" (ebenda)? Diese Losung kann häufig als Appell an den bürgerlichen Staat benutzt werden. Dieser Fall tritt ein, wenn es sich um kommunale Institutionen handelt, siehe z.B. die Bereitstellung der Stadtbibliothek in Cottbus für eine Wahlkampfveranstaltung der Deutschen Liga. Auf der gleichen Linie lag ihre britische Schwesterorganisation Militant Labour in ihrer Kampagne gegen die

faschistische BNP in London. Militant Labour forderte: "Schließt das BNP-Hauptquartier - oder wir werden es tun" (Militant, 23.07.93) - eine klare Aufforderung an den bürgerlichen Staat! Diese Losung soll für Militante dadurch schmackhaft gemacht werden, daß Militant Labour "droht", selbst zu kämpfen, wenn nicht der bürgerliche Staat einen "anti-faschistischen Anfall" bekommt und gegen das braune Pack vorgeht. Eine solche widersprüchliche Herangehensweise führt jedoch zu Verwirrung in den eigenen Reihen über die Rolle des bürgerlichen Staates. So wird der militante Kampf gegen die Faschisten auf der Straße umfunktioniert zu einem Druckmittel auf die staatlichen Institutionen. Für eine revolutionäre anti-faschistische Arbeit braucht man ein klares Verständnis, wie und was zu

tun ist. Letztlich kann nur die Arbeiterbewegung die Faschisten entscheidend schlagen; sie darf bei ihrem anti-faschistischen Kampf nicht im bürgerlich-demokratischen System verhaftet bleiben. Der Kampf für gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen findet einen erbitterten Gegner in der SPD/DGB-Bürokratie, den Gralshütern der demokratischen Herrschaft des Kapitals. Die Gewerkschaften müssen, durch die Mobilisierung der Basis *gegen ihre Führung*, endlich den Kampf konsequent aufnehmen. Die jetzigen Aktionseinheiten der Linken, unter Einbeziehung der Immigranten und der bewußtesten Teile der Arbeiterbewegung, können ein wichtiger Schritt zu dieser Mobilisierung der Lohnabhängigen sein. Mit diesem Ziel arbeitet die Gruppe Spartakus■